Drucksache Nr. 130

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Mündlicher Bericht

des 21. Ausschusses (für Sozialpolitik)
und
des 26. Ausschusses (für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen)
über die Anträge

a) der Abgeordneten Renner und Genossen - Nr. 107 der Drucksachen -
b) der Abgeordneten Frau Dr. Probst, Dr. von Brentano und Genossen - Nr. 108 der Drucksachen -

betr.: a) Sofortige Erhöhung der Versorgungsbezüge der Kriegsopfer.
b) Vorlage eines Überbrückungsgesetzes zum KB-Leistungsgesetz.

Berichterstatter:
Abgeordneter Bazille

Antrag der Ausschüsse:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung ist zu ersuchen, als Sofortmaßnahme bis zur Vorlage eines neuen Versorgungsgesetzes ein Überbrückungsgesetz zum KB-Leistungsgesetz und zur Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 vorzulegen, durch welches

1. den Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen Teuerungszulagen gewährt werden, die möglichst die gegenwärtigen unterschiedlichen Bezüge einander angleichen und

2. die nicht sozialversicherten Hinterbliebenen und Beschädigten gegen Krankheiten, die nicht in ursächlichem Zusammenhang mit Kriegseinwirkungen stehen, versichert werden.

Bonn, den 27. Oktober 1949

Der 21. Ausschuß
(für Sozialpolitik)
Richter,
Vorsitzender

Der 26. Ausschuß
(für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen)
Leddin,
Vorsitzender

Bazille,
Berichterstatter